



Medienkonferenz Bilanz zu den Legislaturzielen 2021 bis 2024 vom Mittwoch, 3. Juli 2024

REFERAT GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Stadt Bern fehlt es – allem voran – an bezahlbarem Wohnraum. Eine aktive städtische Wohnpolitik, die zur Schaffung von mehr und preisgünstigem Wohnraum beiträgt, gehörte deshalb auch in der Legislatur 2021 – 2024 zu den politischen Schwerpunkten des Gemeinderats. Wo hohe Nachfrage auf ein knappes Angebot trifft, sind mehr Wohnungen ein zentraler Teil der Lösung. Die Bevölkerung hat dies erkannt und die städtische Wohnpolitik an der Urne mehrmals mit wichtigen Ja-Anteilen bestätigt und unterstützt.

In der laufenden Legislatur konnten bei zwei Arealentwicklungen wichtige Fortschritte erzielt werden: Im März 2023 hiessen die Stimmberechtigten Verpflichtungskredite von total 124,6 Mio. Franken für den Bau der Infrastruktur sowie die weitere Entwicklung des neuen Quartiers auf dem Viererfeld/Mittelfeld mit rund 64 % Ja-Stimmen gut. Ebenfalls 2023 erteilten die zuständigen Organe ihre Zustimmung zur Baurechtsabgabe der Bausteine der ersten Etappe (rund 300 Wohnungen). Fürs Gaswerkareal wurde der städtebauliche Wettbewerb durchgeführt und die Siegeridee «Downtown Gastown» weiterentwickelt. Die Zonenpläne Gaswerkareal und Brückenkopf können in Kürze öffentlich aufgelegt werden; die Volksabstimmung dazu ist für das 1. Semester 2025 geplant.

Neben den Grossprojekten Viererfeld/Mittelfeld und Gaswerkareal wurden weitere wohnpolitisch wichtige Areal- und Wohnprojekte gestartet, weiterentwickelt oder fertiggestellt:

- Bis Ende 2023 wurden auf fünf der sechs Baufelder im Holliger die Bauten fertig. Die rund 300 Wohnungen sind vermietet und bezogen.

- In der Volksabstimmung vom 9. Juni 2024 haben die Stimmberechtigten mit rund 80 % dem Rahmenkredit von 176 Millionen Franken für die öffentliche Infrastruktur im Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen zugestimmt.
- Auf dem Areal Bümpliz Höhe mit über 4'500 m² Grundstückfläche soll noch dieses Jahr ein Planungsverfahren starten.
- Eine Nummer grösser ist das Mädergut mit rund 35'000 m² Grundstückfläche. Die städtebauliche Studie 2020/2021 zeigt ein Potenzial von gegen 400 neuen Wohnungen. Das Planungsverfahren soll noch dieses Jahr lanciert werden.

Ein wichtiger Akteur zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist der städtische Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Der Fonds arbeitet mit Wohnbaugenossenschaften zusammen, tritt selbst als Bauherr auf und erweitert sein Immobilienportfolio mit Zukäufen.

- Dank des Rahmenkredits von total 105,51 Mio. Franken für den Erwerb von Liegenschaften (Aufstockung von den Stimmberechtigten am 26. September 2021 gesprochen), kann der Gemeinderat in eigener Kompetenz während vier Jahren Wohnliegenschaften kaufen und diese so der Spekulation entziehen.
- Im Herbst 2023 erfolgte die Erstvermietung der städtischen Wohnüberbauung an der Reichenbastrasse 118 mit 94 preisgünstigen Mietwohnungen, davon 24 im Segment Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR).
- Der Centralweg 15 konnte Ende 2023 fertiggestellt werden. Sieben der dreizehn Wohnungen werden im Segment GüWR vermietet.

Insgesamt wurden durch den Fonds in der Legislatur bisher 120 neue Wohnungen gebaut. Dank neuer Wohnüberbauungen und Zukäufen waren Ende 2023 726 Wohnungen im Segment GüWR vermietet, Ende 2021 waren es 661.

Stadtfinanzen

Finanzpolitischer Handlungsspielraum ist die Voraussetzung dafür, dass die Stadt die hohe Lebensqualität erhalten und sich weiterentwickeln kann. Dazu braucht es eine vorausschauende und verantwortungsvolle Finanz- und Investitionsplanung.

Die Legislatur ist geprägt durch Jahresabschlüsse, die über Budget lagen und der Bilanzüberschuss bzw. die finanzpolitische Reserve hat sich von 75,6 Mio. Franken Anfang 2021 auf 106,7 Mio. Franken per Ende 2023 erhöht.

Die guten Jahresabschlüsse haben im Wesentlichen die folgenden Gründe:

- Nach der Pandemie setzte trotz Unsicherheiten wegen dem Ende der Negativzinsen, Kriegen und Lieferkettenproblemen eine unerwartet rasche Erholung der Wirtschaft ein. Dies schlug sich in erfreulich hohen Steuererträgen nieder.
- Die hohe Lebensqualität in Bern und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum führten zu einem Wachstum der Bevölkerung und damit zu höheren Steuererträgen natürlicher Personen.
- Das Haushaltentlastungspaket FIT II wurde konsequent umgesetzt. Ohne FIT II hätte die Stadt in den Jahren 2022 und 2023 mit Defiziten abgeschlossen.

Eine Herausforderung bleiben die Investitionen. Der bestehende Sanierungsbedarf bei Eis-, Wasser- und Schulanlagen sowie das überdurchschnittliche Schüler*innenwachstum führten auch in der laufenden Legislatur zu hohen städtischen Investitionen. Davon profitieren die heutige, aber auch die zukünftigen Generationen. 2021 bis 2023 betragen die Investitionen netto rund 400 Mio. Franken, davon allein 163,9 Mio. Franken im Rekordjahr 2023. Sie führten zu einer Zunahme der Verschuldung in absoluten Zahlen. Relativ zum städtischen Ertrag blieben die Schulden aber konstant (anfangs 2021: 131,3 Prozent, Ende 2023: 130,3 Prozent).

Personalpolitik

Über allem stehen unsere Mitarbeitenden, welche täglich dazu beitragen, dass Bern die schönste Stadt der Welt – wie es Alexander Tschäppätt einmal gesagt hat – bleibt. Im Namen des Gemeinderats danke ich allen Mitarbeitenden herzlich für ihren Einsatz in der vergangenen Legislatur.

Im Wissen um den Wert der städtischen Mitarbeitenden wurden mit der am 18. Juni 2023 durch die Stimmberechtigten verabschiedeten Teilrevision des städtischen Personalreglements die Anstellungsbedingungen weiter verbessert. Exemplarisch erwähne ich die Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- Neu ist ein Anspruch auf drei Wochen vorgeburtlichen Urlaub für schwangere Mitarbeiterinnen vorgesehen,
- der Vaterschaftsurlaub wird von 4 auf 8 Wochen verlängert,
- neu besteht das Anrecht auf eine bezahlte Elternzeit von 6 Wochen.

Zu erwähnen sind auch die öffentlich-rechtliche Anstellung aller Mitarbeitenden, die Lohnfortzahlungsregelung für 720 Tage und die erleichterte Weiterarbeit über 63. Mit diesen und weiteren Verbesserungen bleibt die Stadt Bern auf einem zunehmend schwierigen Arbeitsmarkt für Fachkräfte attraktiv.